

🔒 Bedarfsplanung

Versorgungsengpass: Schmerzmediziner rufen nach der Politik

Nachwuchsmangel und Versorgungslücke: Aus Sicht der DGS hat die Selbstverwaltung versagt. Damit die Schmerzmedizin endlich Teil der Bedarfsplanung wird, soll nun die Politik eingreifen.

Veröffentlicht: 30.06.2023, 17:41 Uhr

Neu-Isenburg. Die Schmerzmedizin muss endlich Teil der Bedarfsplanung werden. Das fordert die Deutsche Gesellschaft für Schmerzmedizin (DGS) in einem aktuellen Eckpunktepapier. Dazu gehört für die DGS auch die Einführung eines Facharztes für Schmerzmedizin. Dabei hat sich die Gesellschaft Unterstützer aus der Politik geholt. Das Papier haben drei Mitglieder des Gesundheitsausschusses im Bundestag mit unterzeichnet: Dr. Georg Kippels (CDU/CSU), Martina Stamm-Fibich (SPD) und Kathrin Vogler (Die Linke).

Die Forderung ist nicht ganz neu (<https://www.aerztezeitung.de/Politik/Der-Facharzt-fuer-Schmerzmedizin-kommt-417752.html>). Seit Jahren setzt sich die DGS für die Berücksichtigung der Schmerzmedizin bei der Bedarfsplanung (<https://aerztezeitung.de/Politik/Kommt-der-Facharzt-fuer-Schmerzmedizin-231308.html>)ein. Die aktuell 1.329 ambulant tätigen Schmerzmediziner könnten gerade einmal zehn Prozent der schwerst schmerzkranken Patienten betreuen, so die DGS. Aus Altersgründen würden in den nächsten fünf Jahren fast die Hälfte dieser Ärztinnen und Ärzte in Ruhestand gehen. Gleichzeitig würde sich die Selbstverwaltung aber nicht im Rahmen ihrer Möglichkeiten um eine Linderung der Mangelversorgung kümmern, so der Vorwurf. Dass die Schmerzmedizin nicht genügend Nachwuchs hat, liegt nach Meinung der DGS nämlich auch schlicht daran, dass Ausbildungskapazitäten sowie „geeignete Rahmenbedingungen für die Niederlassung schmerzmedizinisch hochqualifizierter Ärzte“ fehlen.

„Für die KBV ist die Bedarfsplanung in der Schmerzmedizin aktuell kein Thema. Auch der letzte Ärztetag in Essen hat sich dem Thema nicht gewidmet“, sagt DGS-Präsident Dr. Johannes Horlemann. Die ärztliche Selbstverwaltung habe im Bereich der Schmerzmedizin, „unter Patienten und Ärzten, aber auch in der Gesundheitspolitik, erheblich an Vertrauen eingebüßt“.

Die Gesellschaft ruft daher „Bundestag und Ministerien“ auf, zu handeln. „Auf das Altersproblem der gegenwärtigen Schmerzmediziner hat die Selbstverwaltung keine Antwort“, so Horlemann weiter. „Ich kann mir keinen anderen Weg mehr vorstellen, als dass aus der Politik Vorgaben mit Richtlinienkompetenz das Dilemma beenden.“ (eb)